



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

1.06.06

„Hamburg muss noch drauflegen!“

Ernst Dieter Rossmann kritisiert Ausgleichspläne für Elbvertiefung

„Einen Schritt vorwärts, zwei wieder zurück – während der Hamburger Senat die technischen Planungen für die Elbvertiefung konsequent vorantreibt, verhält er sich beim Umgang mit den Betroffenen im Unterelbe-Bereich wie bei einer Springprozession!“ Mit diesen Worten hat jetzt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann auf aktuelle Veröffentlichungen zu den Plänen der Hansestadt reagiert.

„Noch im April bestand auf einer von MdL Thomas Hölck und mir durchgeführten Veranstaltung auch mit Prof. Reincke als Prozessmoderator und Herrn Osterwald von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion darüber Einigkeit, dass die Verschlickung der pinnebergischen Elbhäfen auf die Ausbaggerung des Stroms zurückzuführen ist und folglich durch die geplante Vertiefung eine weitere Verschärfung der Problematik ins Haus steht“, erläutert Rossmann. „Jetzt rudern die Verantwortlichen in der Hamburger Wirtschaftsbehörde plötzlich zurück und

wollen von diesem Zusammenhang nichts mehr wissen. Offenbar hat man dort Angst, für die Folgen der Maßnahme im notwendigen Umfang gerade zu stehen.“

Die von Senatsseite jetzt genannte Summe als Grundkapital für den Ausgleichsfonds ist Rossmanns Auffassung zufolge entsprechend viel zu niedrig angesetzt. „Ich begrüße ausdrücklich, dass Hamburg anstrebt, endlich die Hafenwirtschaft zu beteiligen. Denn hauptsächlich zu ihrem wirtschaftlichen Nutzen wird die Elbvertiefung durchgeführt. Ich hoffe sehr, dass es nicht bei den bisherigen wolkigen Ankündigungen bleibt. Denn die fünf Millionen Euro, die Hamburg in den Fonds einzahlen will, werden nur ein Bruchteil dessen ermöglichen, was nötig sein wird, um die Beeinträchtigungen bei unseren Elbgemeinden zu kompensieren. Mit dem Fortbleiben der Sportschifffahrt und sinkender Attraktivität der Elbhäfen wäre letztlich eine ganze Naherholungsregion in Gefahr.“

Das Hamburger Argument, man sei von der Beteiligung Niedersachsens und Schleswig-Holsteins an dem Fonds ausgegangen, will der Abgeordnete nicht gelten lassen. „Hamburgs Nachbarn haben diesem Ansinnen schon lange eine klare Absage erteilt, und zwar zu recht. Denn der zentrale Nutzen bleibt bei der Hafenwirtschaft.“

Er wünsche dem Senat viel Erfolg bei seinen Gesprächen mit der Hafenwirtschaft. Schließlich müsse sich auch die Wirtschaft an das Verursacherprinzip gebunden fühlen. Rossmann: „Bei deren exzellenter Gewinnlage sollte dieses erst recht selbstverständlich sein.“